

Bezugspreis: Vierteljährlich 30.- M., monatlich 10.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 23. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Verbrechen in Mitteldeutschland.

Dynamitattentate in Sachsen.

Dresden, 23. März. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Laufe des heutigen Vormittags und in den Morgenstunden sind in mehreren sächsischen Städten Sprengstoffanschläge auf Gerichtsgebäude und Strafhäuser erfolgt...

Leipzig, 23. März. (M.T.B.) Heute vormittag 10 1/2 Uhr ereignete sich im Landgerichtsgebäude in der Eisenstraße eine Bombenexplosion. Die Bombe war in einem Abort des Erdgeschosses niedergelegt worden.

Hettstedt, 23. März. („Hettst. Zig.“) Vor dem Schulgebäude verlangte eine große Menschenmenge Auslieferung der Waffen der Polizei. In der geistigen Störungsdemonstration wählten die 13 Kommunisten in Abwesenheit der bürgerlichen und rechtssozialistischen Stadtvorordneten den wegen Verübung des Lebensmittellagers und verführter Verleitung eines Beamten zum Mord im Mai u. J. von der Eislebener Strafkammer zu Zuchthausstrafe verurteilten Bürgermeister Albert Gerike wieder zum Bürgermeister.

Blauen, 23. März. (M.T.B.) In Rodewisch (zwischen Auerbach und Falkenstein) wurde heute früh gegen 3 1/2 Uhr ein Bombenanschlag gegen das Rathaus verübt. Das Rathaus wurde im Innern schwer beschädigt. Deden sind eingestürzt und sämtliche Fensterscheiben zertrümmert.

Weiter wird zu dem Bombenanschlag in Rodewisch gemeldet: Kurz nach 3 Uhr früh slog ein Teil des Rathauses unter furchtbarem Knall in die Luft. Das Steueramt und das Medeamt sind völlig zerstört. Die Dynamitladung, mit der die Sprengung erfolgte, war in das Kellergerüst eingeschmuggelt worden. Ein Wachmeister trug einen Revolver auf. Das Rathaus ist abgesperrt und wird wahrscheinlich abgetragen werden müssen. Die Täter sind entkommen. Zu gleicher Zeit sollte anscheinend auch versucht werden, das Rathaus in Auerbach in die Luft zu sprengen. Dort gelang es einem Schuhmann, einen Mann zu verhaften, der einen Sack mit Dynamit bei sich trug. Ein zweiter unbekannter Mann schoß auf den Beamten und entkam. Die Verfolgung ist aufgenommen worden. Der Verhaftete wurde in das Landgerichtsgefängnis Blauen eingeliefert; er gibt an, aus Danzig zu stammen.

Ein verbrecherischer Eisenbahnanschlag.

Merseburg, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Auf der Strecke Halle-Leipzig wurde am Dienstag nacht der von Halle nach Leipzig fahrende Schnellzug zum Entgleisen gebracht. Der Anschlag (Lösen der Schienen) wurde in derselben Weise ausgeführt wie der erst vor einigen Tagen vorgekommene Anschlag zwischen Halle und Merseburg. Zwischen Dieskau und Grobers hatten Verbrecher die Eisenbahnstrecken gelöst. Als der 10.38 Uhr von Halle abgehende D-Zug 151 um 10.45 Uhr die betreffende Stelle erreichte, entgleisten infolgedessen drei Personenwagen, der Postwagen und die Maschine. Ein Postbeamter, der Lokomotivführer und mehrere Reisende wurden verletzt. Sofort nachdem sich das Unglück ereignet hatte, ging ein Hilfszug mit Ärzten an die Unglücksstelle ab und gleich darauf ein zweiter mit einer Abteilung Kriminalbeamter und Spürhunden.

Sinnlose Schießereien in Eisleben.

Merseburg, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gestern nachmittag fand in Eisleben eine von den Kommunisten einberufene Versammlung statt, die einen sehr erregten Verlauf nahm. Als Hauptredner trat ein Redner auf, der sich als Fritz aus Blauen l. Bogtl. vorstellte, und vorgab, daß ihm die Führung des Streiks übertragen sei. Diese Angaben sind offenbar aus der Luft gegriffen. Nach der Versammlung wurde er von Schutzpolizeibeamten umringt, auf die Redaktion der „Mansfelder Volkszeitung“ geführt, wurde aber später wieder entlassen. Im Laufe der Nacht wurde auf einen Sicherheitsposten vor dem Kriminalgebäude, in welchem die Schutzpolizei einquartiert ist, geschossen. Auf das Kriminalgebäude selbst wurde ebenfalls geschossen. Infolge der Dunkelheit konnten die Täter nicht festgestellt werden.

Eisleben, 23. März. (M.T.B.) Das „Eislebener Tageblatt“ berichtet, daß in letzter Nacht mit Zwischenpausen Gewehrfeuer und heute vormittag auch Handgranaten-Deformationen in den Straßen ertönten. Die Streitenden sprengten drei Weichen der Bergwerksbahn der Mansfelder Kupferwerke bauenden Gewerkschaft heute nacht in die Luft. Die Arbeitswilligen werden auf den Schächten durch die Streitenden mit Waffengewalt vom Arbeiten abgehalten.

Verhandlungen mit Höring.

Halle, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Montag abend tagte in Halle eine Sitzung, welche von Vertretern der SPD., USF. und des Gewerkschaftskartells besetzt war, um zu der Situation in Mitteldeutschland Stellung zu nehmen. Es wurde dabei beschlossen, eine Kommission, bestehend aus den drei genannten Körperschaften, zu wählen, um eine genaue Erklärung über die Belegung Mitteldeutschlands mit Schutzpolizei zu erhalten. Ferner wurde von dieser Kommission ein Aufruf veröffentlicht, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß bis zu der Bekanntmachung des Ergebnisses dieser Verhandlungen mit dem Oberpräsidenten die Arbeiter keiner Streikparade folgen sollten. Da sich die Unabhängigen mit dem nach ihrer Meinung zu „zähmen“ Aufruf nicht zufrieden geben wollten, wurde dieser nur von dem Gewerkschaftskartell unterzeichnet.

Inzwischen haben nun die Verhandlungen mit Höring stattgefunden. Höring erklärte bestimmt, daß gar nicht daran gedacht werden soll irgendeinen Betrieb zu beschließen und daß die Schutzpolizei strikte Anweisung hat, sich in keinerlei wirtschaftliche Fragen der Arbeiterschaft einzumischen. Die Offiziere und Mannschaften der Polizei sind auf das sorgfältigste ausgewählt worden. Es ist ihnen eingepreßt worden, ihren Stolz darin zu sehen, Blutvergießen zu verhindern. Ohne Zustimmung der Zivilkommission in den Bezirken darf überhaupt nichts geschehen. Die Belegung einzelner Industrieorte mit Schutzpolizei erfolgt lediglich zu dem Zweck, um die ungeheuren verbrecherischen Vorgänge endlich zu unterbinden. Der Kommission wurde eine Reihe Tatsachen über verbrecherische Anschläge mitgeteilt, woraus ohne weiteres ersichtlich war, daß dagegen mit aller Macht im Interesse der gesamten Bevölkerung angeämpft werden muß. Nach dieser Information nahmen auch die Unabhängigen in der Kommission eine andere Stellung ein und erklärten ihre Bereitwilligkeit an einem heute zu veröffentlichen Aufruf an die Arbeiterschaft, in dem die Gründe für die Belegung Mitteldeutschlands mit Schutzpolizei aufgeführt werden sollen, mitzuwirken.

Die Schächte stillgelegt.

Eisleben, 23. März. (M.T.B.) Nachdem gestern nachmittag eine Rassenkundgebung der streikenden Arbeiter im Volkshaus stattgefunden hatte, sind im Laufe der letzten Nacht die meisten Schächte völlig stillgelegt worden; nur noch zwei sollen zum Teil arbeiten.

Soweit man aus den bisher aus Mitteldeutschland eingelaufenen Nachrichten sich ein Bild über die Lage machen kann, wird die Annahme, die von vornherein starke Wahrscheinlichkeit für sich hatte, bestätigt, daß es sich nicht um revolutionäre Taten der Arbeiterschaft oder um eine wirtschaftliche Bewegung handelt, sondern daß von gewissenlosen Verbrechern Anschläge auf öffentliche Gebäude und Verkehrsanlagen verübt werden, um die Öffentlichkeit in Verwirrung zu bringen und die allgemeine Erregung zu steigern. Es ist dringend zu hoffen, daß die Verhandlungen mit Höring zu einem schnellen befriedigenden Abschluß führen, um so mehr, als auch die Unabhängigen eingesehen haben, daß die bisherigen „Heldentaten“ in Mitteldeutschland die Sache des Proletariats nur schädigen können. Destomehr hat die gesamte deutsche Arbeiterschaft die Pflicht, ihre bisherige mustergültige Ruhe und Besonnenheit zu wahren. Je entschiedener das Proletariat erklärt, daß diese Sache nicht seine Sache ist, um so schneller wird die „Aktion“ verbrecherischer Wirtstöpfe in sich zusammenstürzen.

Tumulte in Hamburg.

Hamburg, 23. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Laufe des Vormittags ist es der Kommunistenhege doch noch gelungen, größere Teile der Werkarbeitserschaft zur Arbeitseinstellung zu zwingen. Mehrmals wurde auf der Werft von Blom u. Voß die rote Fahne gehißt zum Zeichen der Arbeitseinstellung. Jedesmal wurde sie aber heruntergeholt. Aber der dadurch hervorgerufene Tumult machte doch die Fortsetzung der Arbeit unmöglich. Um die Mittagszeit hatte die gesamte Arbeiterschaft den Betrieb verlassen. Auf der Vulkanwerft sind die Arbeiter im Betriebe geblieben, um den Einzug der Ordnungspolizei zu verhindern. Für den Nachmittag sind große Demonstrationen zu erwarten.

Die Aufbauschule.

Von Fritz Rarzen.

Es ist eine allgemeine Anschauung aller Parteien, daß unser Schulwesen, vor allem das höhere Schulwesen, reformbedürftig ist. Darüber hinaus bestehen zwar die größten Gegensätze, in welcher Art reformiert werden soll, dennoch scheint es möglich, eine Grundrichtung zu erkennen, in der die Entwicklung verlaufen muß: die Richtung auf die höhere Anerkennung des persönlichen Lebenswertes des Menschen, der sich in seiner ipeziifischen theoretischen oder praktischen Veranlagung ausdrückt und durch den er die Volksgemeinschaft reicher gestalten kann.

Run hat der Reichsschulsausschuß in Weimar am 17. und 18. Januar Richtlinien über die Aufbauschule und die deutsche Oberschule beraten, die vom Reichsministerium des Innern vorgelegt waren. Damit sind diese beiden Schularten möglich geworden.

Unter einer Aufbauschule versteht man eine verkürzte Form der höheren Schule, die man fernerhin besser als Oberschule bezeichnen sollte. Zu den bisher bekannnten Typen der gymnasialen, der realsgymnasialen und der Oberrealschul-Oberschule tritt nun noch die deutsche, in der die Fächer der Deutschkunde in den Mittelpunkt des Unterrichts rücken und in der nur eine Fremdsprache Pflichtfach ist. Jede von diesen vier Schularten kann nun verkürzt werden, also anstatt neun nur sechs Jahrgänge haben.

Warum wird eine solche Schulart nötig? Als das Schlagwort von der freien Bahn für die Tüchtigen noch in Mode war, da hat man begabten Schülern auch nach Abfolterung der Volksschule die Möglichkeit geben wollen, im besonderen Kurfen die Universitätsreise zu erlangen. Berlin hat die sogenannten Begabtenschulen am Köpenicker und am Friedrichsgymnasium (Kämpf-Realschule) geschaffen und entsprechende Mädchenschulen an drei Mittelschulen eingerichtet. Diese Begründung der Aufbauschule als Begabtenschule ist abzulehnen. Denn wenn die Kinder um ihrer intellektuellen Begabung willen als „hochbegabte“ ausgezeichnet und aus ihrem Kreis herausgehoben werden, so dient das zweifellos nicht zur Ueberbrückung der Klassengegensätze, die im letzten Kern Bildungsgegenstände sind, sondern gerade zu ihrer Verschärfung. Biegt doch in der Betonung des „Aufstiegs“ durch die intellektuelle Bildung, die für die herrschenden Kreise nötig ist, die Anerkennung der Notwendigkeit der sozialen Unterschiede und nicht der Versuch ihrer Aushebung.

Die Aufbauschule wird weiterhin gefordert als Ersatz für die eingehenden Lehrerseminare. Wieder will man dem Volksschullehrer, dem man offiziell die Vorbildung auf einer anerkannten höheren Lehranstalt zubilligt, eine Sonderchule bauen, durch die er und die durch ihn als minderwertig bezeichnet werden soll. Als Lehrerseminar-Ersatz wäre die Aufbauschule ebenfalls zu bekämpfen.

Run aber tritt ein sehr gewichtiger Gesichtspunkt auf, der für sie spricht. Es ist Tatsache, daß das flache Land gegenüber der Stadt, was die Schulen anlangt, sehr benachteiligt ist. Nur wenige Eltern können es sich leisten, ihre Kinder in die Stadt in Pension zu schicken, und wenn sie die Mittel dazu haben, so bedeutet es doch ein schmerzliches Opfer für sie, sich von ihren Kindern zu trennen. Es ist besonders schlimm, weil das sehr früh geschehen muß, damit diese noch rechtzeitig den Anschluß an die Sexta des obliegenden Kleinstadtgymnasiums finden, das aus alter Zeit da ist und den Bedürfnissen der Gegend und der Gegenwart in keiner Weise entspricht. Wenn nun mehrere Dörfer sich zusammenschließen, eine mehrklassige Schule bauen und dann im Mittelpunkt eines nicht zu kleinen Bezirks eine Aufbauschule des deutschen Typus errichten, so ist vielen, vielen Kindern und Eltern geholfen. Als Sammelschule in diesem Sinn ist der neue Typus unbedingt zu befehlen.

Alle angeführten Gründe sind schließlich äußerlich und genügen nicht, um die Tatsache verständlich zu machen, daß die Aufbauschule gerade jetzt entstehen muß. Wer als Sozialist an den Gemeinschaftsgedanken glaubt und fühlt, wie er sich trotz aller entgegengesetzten Erscheinungen innerlich gerade heute immer mehr durchsetzt, der erkennt, daß diese Tendenz in der neuen Schulform, sei sie auch noch so weit vom Ideal entfernt, Anerkennung gefunden hat und daß mit der rechtlichen Möglichkeit eines gemeinsamen siebenjährigen Unterbaus für alle Schüler nach dem ersten Schritt des Grundschulgesetzes, der zweite Schritt zur Gemeinschaftsschule des Volkes getan ist.

Da die Aufbauschule so in der Richtung der Gegenwart liegt, wird sie sich allen Einwendungen zum Trotz, die dagegen erhoben werden, durchsetzen. Es ist durchaus richtig, daß in sechs Jahren nicht dasselbe Quantum Wissen erworben werden kann wie in neun Jahren. Aber ist denn dieses Quantum unbedingt nötig und können wir nicht mit weniger Wissen am Ende stärkere Charaktere von der Schule ins Leben entlassen, als das heute geschieht? Ist denn die Universalität und ihre Forderung an die Wissensvorbereitung ein unveränderliches Maß? Es ist ebenfalls richtig, daß ein sechsjähriger Aufbau weniger akademisch gebildete Lehrer (Philologen) verlangt als

ein neunjähriger und daß eine stärkere Durchführung solcher Schulen an Stelle der alten höheren Schule die bedauerlichsten wirtschaftlichen Folgen für den Philologiestand haben muß, zumal er heut ohnehin stark überfüllt ist. Aber darf diese gewiß nicht mit einer Handbewegung abzutunende Folge die Entwicklung hemmen?

Wie ist im Augenblick die Lage? Die Weimarer Beschlüsse lassen den neuen Typus versuchsweise zu, und zwar als sechs-jährigen Aufbau auf die Volksschule, die sieben Jahre besucht sein muß. Die Lehrziele sind die der entsprechenden Ober-(höheren) Schule, ebenso die Lehrer. Die Seminarlehrer also können nicht übernommen werden. Die Länder bekommen in der Ausgestaltung des Lehrplans eine gewisse Freiheit. Im Interesse der einheitlichen Verwertung der Ergebnisse des neuen Versuchs wird ein Sachverständigenausschuß beim Reichsministerium des Innern gebildet. Das wertvolle Neue, das zunächst für die deutsche Ober- und die entsprechende Aufbauhauhe gilt, ist außer der Verlängerung der gemeinsamen Vorbereitungszeit in der Trennung des Unterrichts in einen pflichtmäßigen Kern und wahlfreie Kurse zu finden. Auch damit wird einer Forderung genügt, die von Schulpolitikern aller Parteien immer wieder erhoben worden ist. Denn so wird den spezifischen Begabungen z. B. auch für praktische Betätigung erst die Möglichkeit der Entwicklung gegeben. Soll die Zeit hierfür erübrigt werden, so ist es nötig, daß die Anzahl der Pflichtfächer und der Pflichtstunden und das Quantum der Pflichtleistungen herabgesetzt wird. Und das geschieht auch in dem im preussischen Ministerium ausgearbeiteten Plan.

Begrüßen wir so die Aufbauschule als einen Schritt in die Zukunft, so müssen gerade wir uns immer bewußt bleiben, daß das Erreichte nur einen Anfang bedeutet. Noch sind viel zu viel Pflichtfächer da, noch ist die Beweglichkeit auf der Oberstufe viel zu gering, noch immer ist da die Trennung in — zwar nicht mehr ganz starre — Schultypen, noch ist die Aufbauschule eine „höhere“ Schule, in der der Intellekt ganz unverhältnismäßig geschätzt und gewertet wird. Da müssen wir zweifellos noch viel weiter drängen. Aber darf uns das veranlassen, die Aufbauschule in Saufsch und Bogen abzulehnen — das sei den sozialistischen Lehrern besonders gesagt! — weil unsere Ideen noch nicht voll verwirklicht sind? Als die Aufbauschule angekindigt war und wir fürchteten, daß sie nur einen neuen, aber nicht besseren Schultypus bedeuten würde, da hatten wir die Pflicht, davor zu warnen. Nun sie da ist und besser da ist, als wir sie erwarteten, müssen wir anerkennen, was sie uns bietet, und verstehen, daß in der Richtung auf unsere Ziele bei dem jetzigen Machtverhältnis nicht mehr zu erreichen ist. Darum rufe ich allen zu: Seht zu, daß wir erst einmal Aufbauschulen bekommen, daß in sie durch neue Lehrer ein neuer Geist einzieht, schreitet zur Tat; nur die Tat kann weiter treiben, nicht die blass Theorie und das negierende Wort. Auch hier ist Hamburg uns vorangegangen. Sollten wir nicht daselbe fertig kriegen?

Ein falscher Weg.

Die Einheit der Arbeiterbewegung hat sich unsere Partei stets als Ziel gesetzt. Alle Parteitage seit der Spaltung haben unseren Willen nach dieser Richtung klargestellt. Verständnis für die Interessen der Arbeiterklasse, die in diesem Streben nach der Einheit der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kam, haben wir niemals bei den abgeplättelten Parteien gefunden. Ganz im Gegenteil ist der Kampf der U.S.P., der K.P.D., der A.P.D., der Syndikalisten nicht eine gemeinsame Bekämpfung des Kapitalismus, wenn auch auf verschiedenen Wegen gewesen, sondern die ganze Kraft aller abgeplättelten Parteien war gegen uns gerichtet, Zerspaltung der Arbeiterbewegung war das Ziel, jedenfalls Wirkung der Aktionen der U.S.P., K.P.D. usw. usw. Deshalb wenden sich jene Arbeiterschichten, die sich von uns getrennt hatten, immer mehr uns wieder zu; deshalb die fürchterlichen Niederlagen der U.S.P., deshalb die ständige Sprengung der K.P.D., deshalb die Bedeutungslosigkeit der A.P.D., die bei allen Wahlen in deutsche Erscheinung tritt.

Hermann Essig: „Der Frauenmut“.

(Vossing-Theater.)

Hermann Essig, früh begroben, von Rot, die ihm alle Knochen und jeden Mut wegtraf, getreulich begleitet bis zur letzten Lebensstunde, wollte die deutsche Komödie dichten. Er träumte um Kiehl und Grabbe und Liebermann, den Bergesenen, den Verfasser des „Datterich“. Essig war ständig auf Humor eingestellt, der aus der Dummheit der Stadtleute und der Bauern eine übermächtige Lustigkeit herauspochen sollte. Schließlich geriet er, da die große Welt der Theaterfreunde ihn nicht wollte, in das Gefolge einer literarischen, nicht ganz zurechnungsfähigen Clique. Er wurde angeekelt und enttäuscht und verhöhnte die ehemaligen Freunde in einem schlechten geheimnisvollen Roman. Essig war ein derber Mann. Er sah die Männer und die Weibchen besonders an alle Teile ihres Körpers und ihrer Seele. Man ließ ihn nicht häufig auf die Bühne. Die Zensur, die nur Schlüpfrigkeit duldet, aber keine strophende Unbedenklichkeit, hielt auf. Der Opfermut der Theaterdirektoren, der lieber einer halben Sache als einer ganzen und fastigen dient, versagte. Hätte Essig seine Komödien auf der Bühne gesehen, er würde eine beinahe abstrakte Schweinerei aufgegeben und gelernt haben, daß man mit einiger Sachtheit unter die Nieder und Bettdecken oder auch in die Schweinefäule zu greifen hat, ohne daß die Gesundheit des Humors dabei zu kurz kommt.

Die Komödie vom Frauenmut bringt ein geschichtlich Stück Barock und Krähwinkel auf die Bühne. Der französische General wollte anno 1688 den Schornstein in Schwaben an den Leib. Die Mannsbilder beschloßen Uebergabe ihres Nestes. Die Weiber aber, geführt und gestützt von Frau Künstin, der Bürgermeisterin, sperren das Mannsvolk ein, schossen auf die Kothosen und retteten ihre Vaterstadt. Die Memmen von Männern werden nun zur Strafe von ihren Weibern, die sogar den Bettstreck durchgeföhrt hatten, verprügelt. Es bleibt neben der Stadiengeschichte noch der Frau Bürgermeisterin besondere Geschichte. Das ist ein Märchen sehr krauser, aber sehr hoher romantischer, fast feierlicher Art zwischen der Dame und einem schwäbischen Coliban. Dieser höfliche Rittersmann ist ein fleischgewordenes Sinnbild von dem Frauenmut, eine dämonische, fast mythische Phantasiegestalt, eines Dichters hohes Geschöpf. Der häßliche, haarige, stammende Kerl liebt die Bürgermeisterin. Und die Frau liebt in dem schwäbischen Coliban irgendwie die Ergänzung ihres Frauenmuts, die Verfassung zum Großen, das sich hinter der fleischenden Maske verbirgt. Dieser Ritter Roland, der sogar ins Ehebett der Bürgermeisterin steigt, hat allerdings ans Ziel zu gelangen, ist ein urdeutsches Dichtergeschöpf, ein folbar erstarrter Mensch, der Essigs Genie deutlich verrät. Nur sah der Dichter seine

Die Massen kommen dank unserer klaren und sicheren Arbeiterpolitik zu uns und verlassen die Heerlager, in denen statt politischer Einsicht nebelhaftes Phrasentum herrscht. Dieser Gesundungsprozess ist in der traurigen Zeit, die wir durchleben, ein Lichtpunkt in der Arbeiterbewegung.

Den gegenwärtigen Zeitpunkt halten nun aber zwei Parteiblätter, die „Freie Presse“ in Erfurt und die „Vollstimme“ in Chemnitz, für geeignet, eine „Nationale Arbeitsgemeinschaft“ der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Parteien des deutschen Proletariats herbeizuföhren. Sie führen in ihrem Aufruf an:

„In Wien ist eine Internationale Arbeitsgemeinschaft gegründet worden. Wäre es nicht mindestens so nötig oder vielleicht nötiger gewesen, erst eine nationale Arbeitsgemeinschaft zu gründen? Fordern wir deshalb einmütig von unseren Führern, daß schleunigste Schritte unternommen werden zur Einberufung einer Konferenz, auf welcher die Frage der Gründung einer nationalen Arbeitsgemeinschaft erörtert wird.“

Weiter empfiehlt der Aufruf: In allen örtlichen Parteigruppen muß die Frage der Gründung einer nationalen Arbeitsgemeinschaft, deren vorläufiger Zweck die gemeinsame Lösung der gegenwärtigen Aufgaben sein soll, erörtert und der Wille der Mitglieder durch Abstimmung festgestellt werden.

Wir glauben, daß dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen ist. Auch in den Redaktionen von Erfurt und Chemnitz sollte man nicht schon vergessen haben, daß auf dem Kongress der 2 1/2 Internationalen in Wien den dort vertretenen Parteien verboten wurde, mit einer Partei der 2. Internationale in Verbindung zu treten! Daß die 3. Internationale, deren Mitglieder in Deutschland kein höheres Ziel kennen, als auch die Gewerkschaften zu sprengen, von nichts weniger wissen will, als von der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung, scheint in Erfurt und Chemnitz übersehen zu sein.

Aber die Einheit kommt: sie kommt schneller, als wir noch vor Jahresfrist erhofft haben, indem die Arbeiter jener Parteien, die die Uneinigkeit ins Proletariat getragen haben, immer mehr verlassen und sich wieder in die alte sozialdemokratische Partei einreihen. Auf diesem Wege kommen wir zur Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung. Nicht durch Experimente, wie sie in jenem Aufruf zur Unzeit vorgeschlagen worden.

Die Milliarde fällig!

Eine deutsche Note weist die Unrichtigkeit der Anrechnung der bisherigen deutschen Leistungen mit nur 8 Milliarden nach, schlägt mündliche Verhandlungen vor und begründet die Unmöglichkeit, die Milliarde zu zahlen.

Paris, 23. März. (E.) Dem „West Parisien“ zufolge wurden gestern zum erstenmal Vertreter Deutschlands von der Wiedergutmachungskommission angehört. Die Kommission forderte die Vertreter auf, ihre Einwände gegen die Höhe der Entschädigungszahlungen für Pensionen vorzubringen. Die Allierten fordern dafür gemeinsam 90 Milliarden Goldmark.

Weiter erklärt das Blatt, da es gewiß sei, daß Deutschland heute die Milliarde Goldmark nicht zahlen werde, so habe die Wiedergutmachungskommission die Regelungen von dieser neuen Verlesung Deutschlands in Kenntnis gesetzt.

Paris, 23. März. (E.) „Chicago Tribune“ meldet: Da Deutschland am 23. März keine Milliarde Goldmark zahlen werde, so werde wahrscheinlich eine baldige Zusammenkunft der Ministerpräsidenten in Paris oder Brüssel stattfinden. Das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien werde bei dieser Konferenz bereits eine Rolle spielen. Man erzählt, daß weitere militärische Strafmaßnahmen erdort werden würden, falls Deutschland sich weigere, einer Teilung Oberschlesiens zuzustimmen, oder sich weigern würde, Entschädigungszahlungen vorzunehmen.

30 Milliarden bezahlt!

Paris, 23. März. (TU.) Im Senat erklärte Generalberichterstatter Cheron, daß die Schuld Frankreichs sich auf 309 Milliarden beläuft, darunter 33 Milliarden auswärtige Schulden. Die

Gestalten fast niemals auf der Bühne, und der dramatische Gedanke wurde verschüttet durch überschwängliche Dummheit.

Frau Dorisch spielte die Bürgermeisterin. Sie war offenbar durch eine Rolle überfordert, die sich mit ihrer Persönlichkeit nicht deckt. So kam an den Tag die Grenze ihres schönen Talentes. Ihr fehlte zur Bürgermeisterin das Strohende, äußerlich nicht nur, auch im Herzen, das diesmal über die rührende Zielschärfe hinwegkommen muß. Sie ist also, was diesmal deutlich wurde, nur eine tragische Raina. Es überraschte Herr Galfner als schwäbischer Coliban. Die Tölpel, die er in gehorsamer Treue zu Herrn Emil Lind, dem erfindungsreichen Regisseur, bringt, liegt eigentlich seiner gemütlichen Natur kaum. Daß er nicht langweilig wurde, sondern menschlich blieb in aller tierischen Borstigkeit, verrät bisher nicht gefundene Verwandlungsfähigkeit. Frau Torning, berühmte als fleischige, süßere Dienstmagd, und Herr Junkermann, der Hasenfuß und Bürgermeister, waren sehr lustig. Man jubelte um die Schauspieler, man pfiff länger als sonst um den Dichter, der nichts mehr davon spürte, daß Un dankbarkeit und Verböhrtheit ihn verdorben und vorzeitig gebrochen haben. Mag Hochdorf.

Castalls Nachlaß. Seit Lassalle vor 56 Jahren die Augen schloß, war sein literarischer Nachlaß wie verschollen. Von den Biographen Lassalles konnte ihn keiner benutzen, sie gaben ihn verloren. Jetzt taucht er plötzlich auf, und seine Veröffentlichung wird in den „Deutschen Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts“, die unter Führung der Münchener Akademie der Wissenschaften herausgegeben werden sollen, von Dr. Gustav Mayer vorbereitet. Dieser Forscher hat seit Jahrzehnten die „Vertorene Handschrift“ gesucht und stellt die fast romanhaft klingende Geschichte des Nachlasses dem 1. Bande voran, der die Briefe von und an Lassalle bis 1848 umfaßt (er wird in kurzem bei der Deutschen Verlagsanstalt und Julius Springer erscheinen). Nicht selten eine Fülle an Lassalle gerichteter Briefe bedeutender Persönlichkeiten treten hier ans Tageslicht. Genannt seien nur Karl Marx, Karl Rodbertus, Alexander von Humboldt, Gräfin Sophie Hahfeldt, Boeth, Herwegh, Friedrich Engels, O. v. von Schweiger, Mazzini, Hans und Cosima von Bülow. Noch überraschender waren im Nachlaß die zahllosen Briefe von Lassalles eigener Hand: manuskriptartige Briefe des Studenten an den Vater und an Studienfreunde, die zum erstenmal Aufschluß über den Weg bringen, auf dem Lassalle zum Sozialismus kam, über 100 Briefe an die Gräfin Hahfeldt, aktuelle Reiseberichte aus dem Orient und dann die Fülle eigenhändiger Konzepte zu so vielen bedeutenden Briefen, die dieser eifrige Briefschreiber in seinem Leben geschrieben hat; neben seitentlang philosophischen Gedankenaufzeichnungen, deren Entzifferung manche Mühe bereitete, die Konzepte zu den ersten glühenden Liebesbriefen des Jünglings, zu seinen frühesten Eingaben an die Behörden, zu seinen Verteidigungsreden und Vorträgen. Endlich enthielt der Nachlaß eine Reihe von unbekanntem wissenschaftlichen Manuskripten, unter ihnen eine Geschichte der sozialen Entwicklung, die im Rahmen der vorläufig auf fünf Bände beschränkten Veröffentlichung ein besonderer Band vereinigen soll.

gesamten Kriegsschäden werden auf 218 Milliarden geschätzt. Davon sind schon 30 Milliarden auf Rechnung Deutschlands eingezahlt worden.

Vorlesung!

Frankfurt a. M., 23. März. (Hess. Zig.) Nach dem Antrastreten der Sanktionen hat der französische General de Meh mehrere päpstlichen Parteiführern nahegelegt, ob es für die Pfalz nicht jetzt an der Zeit sei, sich nach West zu orientieren. Er malte die Folgen aus, die die Sanktionen auch in der Pfalz haben müssen, es sei denn, daß man sich irgendwie an Frankreich anschliesse. Daß General de Meh über das Festhalten aller Pfälzer an ihrem Vaterlande nicht im unklaren gehalten wurde, versteht sich von selbst.

Dr. Dorten in Wiesbaden begann schon, seitdem die Pariser Forderungen aufgestellt und von den bekannten Drohungen begleitet worden waren, mit der Vorbereitung zu neuer Arbeit. Auch scheint es jetzt mehr als vor zwei Jahren den Dorten-Deuten gelungen zu sein, belgische Militärs im besetzten Gebiet für ihre Pläne zu interessieren. Am 7. März, als die Entscheidung kam und die Sanktionen brachte, hatte der französische kommandierende General in Wiesbaden seine Offiziere zu einer Festlichkeit im Schloß versammelt, auch Herr und Frau Dorten waren dabei! Rechts wurde dem General ein Festspruch überreicht, dessen Inhalt (offenbar die Redung vom Antrastreten der Sanktionen) große Begeisterung hervorrief. Dr. Dorten wurde von einem hohen Offizier (Freund Frankreichs) gefeiert und beglückwünscht, daß nun das Ziel, nach dem man so lange gestrebt habe, in erreichbare Nähe gerückt sei.

Das belgische Strafzollgesetz.

Brüssel, 23. März. (holländisch Neuwsbureau.) Minister Daspas hat gestern nachmittag die Gesetzesvorlage über die Abgabe von der deutschen Einfuhr dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt. Die Vorlage entspricht im wesentlichen der englischen und französischen und beschränkt sich auf eine Höchstabgabe von 50 Prozent des Wertes der deutschen Waren. Die Abgabe ist auch für Waren, die aus anderen Ländern kommen, aber in Deutschland ganz oder bis zu 75 Prozent hergestellt sind. Eine Befreiung der Herkunft der Ware wird gegebenenfalls verlangt werden.

Die sozialistische Gruppe hat die Gesetzesvorlage sehr kühl aufgenommen, da verschiedene Mitglieder davon ernste wirtschaftliche Nachteile für Belgien und namentlich für den Antwerpener Hafen fürchten. Sie werden aber doch für den Entwurf stimmen (sagt das bürgerliche Bureau, Red.) Der Finanzminister (Schug vor, die Kammer solle die Beratung sofort beginnen, damit die Vorlage noch vor Ostern angenommen werden könne. Der Abgeordnete Fischer verlangte aber die Vertagung bis heute. Der katholische Abg. Boeste machte darauf aufmerksam, daß die Vorlage die deutsche Einfuhr nach den Niederlanden treiben werde (trotzdem die Durchfuhr über Antwerpen strafzollfrei bleibt).

Pölnischer Selbstmord.

Angeichts der schmachtvollen Ausschreitungen in Oberschlesien, die die stärkste Befürchtung der deutschen Befürchtungen und die schlagendste Widerlegung des pölnischen Terrorgeschreies sind, wollen wir den Polen, mit denen wir nicht in dauernder Feindschaft zu leben wünschen, folgendes zur ersten Erwägung anheimgeben:

Die Aktion der Terroristen geht offensichtlich darauf hinaus, die Deutschen aus den Grenzbezirken zu vertreiben. Besetzt den Fall, es läme dazu, daß diese Bezirke an Polen fallen — wie will man die Gruben und Hütten weiter auf der Höhe erhalten, wenn die qualifizierten Arbeitskräfte verjagt sind?

Weiter: die Vertreibung der Deutschen aus Oberschlesien muß naturnotwendig dazu führen, daß den Polen in Rheinland-Westfalen das Bleiben verleidet wird; denn von allen Revanchegelüsten — Menschen sind's und nicht Engel — abgesehen, wird man doch für die vertriebenen deutschen Bergleute aller Grade in dem uns noch verbliebenen Rest-Deutschland Platz schaffen müssen.

Die Polen erwarten zuversichtlich die Zuteilung derjenigen Grenzgebiete, in denen sie die Mehrheit, wenn auch keine allzu große und gewiß nicht auf einwandfreie Weise, erlangt haben. Mag Polen wohl überlegen, was es tut, nicht nur gegen sich selbst, sondern gegen ganz Europa, wenn es die sichere Wertverminderung und geradezu die Ruinierung der Ur- und Verarbeitungsindustrie in diesem Gebiet betreibt!

Schiller-Theater: „Jettchen Gebert“; von Georg Hermann. Jettchen Gebert, diese liebesvoll intime und ironisch amüsante Schilderung jüdischen Familienlebens in Alt-Berlin — das Wort, in dem sich Hermanns eigenartige Stimmungslage zum ersten Male offenbarte, brachte es auch in der Bühnenbearbeitung des Kleinen Theaters zu ungewöhnlichem Erfolg. Er war freilich viel weniger den dramatischen Qualitäten, als der Popularität des Romans geschuldet. In dessen, so gering die innere dramatische Bewegung ist, so viel beim Zwang der jenseitigen Zusammenrückung von dem Gedalt verloren geht, es bleibt noch eine Fülle von Details, die bei glücklicher schauspielerischer Wiedergabe unterhält, ja hier und da auch eine wärmere Anteilnahme weckt. In der dekorativen dem Stil der Biedermeierzeit feinsinnig angelegten Darstellung des Schiller-Theaters wirkte vor allem das Jettchen der jungen Ellen Herz. Die frische Erscheinung, die strahlende Miene, das von verhaltenem Frohsinn klingende Organ, alles fügte sich zusammen, den Zauber der Persönlichkeit lebendig zu vergegenwärtigen. Charakteristisch mit einem Einschusse akademisch gelehrter Steifheit klizierte Alfred Braun den Liebhaber und Literaten. Dem Onkel Balon, dem Repräsentanten einer seelenvolleren Welt, gab Paesche eine Maske, die die Krankheit schärfer als den Zug der inneren Vernehmtheit betonte und sich so von des Verfassers Intentionen entfernte. Im Kreis der jüdischen Nebenfiguren, in dem Herrn Ulrichs agrarisch-pausbackiger Freierrmann aus Benschen als Fremdkörper erschien, kam vornehmlich das älteste Ehepaar, durch Arthur Rezel und Margarete Ruprecht vertreten, und der toastende Onkel Raphael des Herrn Joseph ergötlich recht heraus.

Leitende zur Kunstschulkreform. Der Ausschuß, den vor einiger Zeit eine Sonntagversammlung der Berliner Künstlerseelschaft für die Reform des Kunstunterrichtes eingesetzt hatte, hat jetzt seine Leitfänge aufgestellt. Es wird gefordert: 1. Die Unterstellung des gesamten Kunstunterrichtswesens unter ein Ministerium und den Zusammenschluß aller an einem Ort befindlichen Anstalten zu einem einheitlichen Unterrichtssystem; 2. Die künstlerische Ausbildung soll grundsätzlich auf handwerklicher Grundlage erfolgen. Deshalb soll im allgemeinen eine praktische Lehrlingsausbildung gefordert werden; 3. Es muß bei der Ausbildung ein enger Zusammenhang aller künstlerischen Berufszweige erreicht werden unter Führung der Architektur; 4. Das freie Naturstudium ist den Schülern zu ermöglichen. Die Schulen sollen weitgehendst Hilfsmittel für diesen Zweck zur Verfügung stellen; 5. Unbedingt zu fordern ist ein Zusammenarbeiten der Lehrer und Schüler an gemeinsamen Wert zur Ausführung praktischer Aufgaben. (Arbeitsgemeinschaft.) Die Erreichung dieser Ziele erscheint nur möglich durch die Umwandlung der bisherigen Vernschule mit ihrer einseitigen Wissensbildung in die Arbeitsschule, die intellektuelle, technisch-wertmäßige und künstlerische Veranlagungen gleichmäßig bewertet und fördert.

Für die Aufführung von Paul Zech „Verbrüderung“ sind an beiden Oberbühnen noch Karten in der Geschäftsstelle der Volksbühne, an den Deutschen Theaterläsen usw. erhältlich.
Vorfall in Rom. Zum ersten Mal seit dem Antrast wird an Ostern in Rom wieder Parfül ausgeführt und zwar unter Leitung des deutschen Kapellmeisters Bredes.

Korfanth's Absichten.

Paris, 23. März. Nach einem Warschauer Telegramm an die hiesigen Zeitungen beabsichtigt Korfanth, von Warschau sofort nach Paris weiterzuziehen.

Amsterdam, 23. März. (Zl.) Der schlesische Berichterstatter des „Algemeen Handelsblad“ teilt seinem Blatte folgende Eindrücke von seiner Unterredung mit Korfanth mit: Besitzen die Polen einmal die Erde von Schlesiens, so darf man annehmen, daß es ihnen im Laufe der Zeit auch gelingen wird, den Südtteil Schlesiens an sich zu reißen. Korfanth hat diese Absicht deutlich zum Ausdruck gebracht.

Der Terror.

Amsterdam, 23. März. (Holländischs Neuwesbureau.) Der Korrespondent des „Algemeen Handelsblad“ berichtet: Die Siegesmeldungen in der polnischen Presse haben offenbar das Resultat gehabt, daß der polnische Terror unmittelbar nach der Abkündigung mit doppelter Kraft entkränkt ist und daß in vielen Dörfern die deutschgestimmten Bewohner schwer mißhandelt werden. Durch Zufall war ich in Kattowitz Zeuge eines telephonischen Dienstgesprächs eines französischen Offiziers, der seinen Obersten mit Rücksicht auf die Hunderte von Flüchtlingen aus den terrorisierten Dörfern um Kattowitz um Hilfe bat. Er meldete dabei, daß in der Richtung Ryslawitz an der polnischen Grenze Panik herrsche. Bei der herrschenden Erregung kann natürlich ein möglicher Widerstand von deutscher Seite zu Unruhen Anlaß geben, deren Folgen augenblicklich noch nicht zu übersehen sind und die für Polen eine willkommene Veranlassung zu einer bewaffneten Intervention sein könnten.

Der französische Kreisinspektor Major de Bic, der den Korrespondenten der „Holländischen Zeitung“ angefallen und verlegt hat, ist „erkrankt“ und durch den italienischen Zivilbeamten de Bracco ersetzt worden, der seinerzeit Abstimmungskommissar in Kattowitz gewesen ist.

Kattowitz, 23. März. (Zl.) Sämtliche deutschen Bewohner des Dorfes Anhalt sind gestern nachmittag nach Kattowitz geflüchtet. Sie haben alle ihr Hab und Gut zurückgelassen. Der vom Augustaufstand 1920 her bekannte polnische Führer Wilt aus Swino war gestern nachmittag in Anhalt und drohte, daß nachts das ganze Dorf in Flammen aufgehen werde. Daraufhin ist die Bevölkerung geflüchtet. In Kozmin wurde gestern nachmittag gegen 5 Uhr das Eisenwarengeschäft von Bettel ausgeplündert. Die Inhaberin, eine Witwe, ist nach Kattowitz geflüchtet. Banden durchziehen die Strohen von Ryslawitz und bedrohen die Deutschen. Ein Teil von ihnen ist nach Kattowitz geflüchtet. Vor gestern nachmittag sollte in Ryslawitz ein Raubmörder verhaftet werden. Die Menge rottete sich zusammen und entriß den Verbrecher den Kopsbeamten.

Unsere Freunde.

Stockholm, 23. März. (Frf. Stg.) Das Ergebnis der Abstimmung wird in Schweden sehr freudig aufgenommen und als Sieg der überlegenen Kultur des stammesverwandten Deutschlands gefeiert. In Schweden wünscht man daher auch, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland verbleibe. „Svenska Dagsbladet“ schreibt: Mitten in der Not, die Deutschland heimsucht, kommt das Abstimmungsergebnis als ein belebender und stärkender Antrieb, der Zukunft mutig entgegenzusehen. Trotz Zerplitterung lebt der Patriotismus so stark wie je. Die damit verknüpfte Pflichttreue und Disziplin und das bewundernswürdige Organisationsvermögen des deutschen Volkes haben wieder einmal eine glänzende Probe gegeben.

England geht nach Moskau.

London, 23. März. (E.E.) Reginald Hoare, Staatssekretär im englischen auswärtigen Amt, wurde vom Vizekönig der englischen Regierung in Moskau befristet. Er wird die Aufgabe haben, die Beziehungen zu der Sowjetregierung aufrechtzuerhalten und verschiedene Bestimmungen des Handelsvertrages zur Durchführung zu bringen.

Die Schuldfragen im Kesselprozess.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung formulierten der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Weigert die Schuldfragen gegen den Angeklagten wie folgt:

1. Ist der Angeklagte v. Kessel schuldig durch Mißbrauch seiner Dienstgewalt oder seiner dienstlichen Stellung einen Untergebenen, den Oberleutnant Marloh, zum Vergehen der unerlaubten Entfernung vom Truppenteil vorzüglich veranlaßt zu haben?
2. Durch Mißbrauch seiner Dienstgewalt oder seiner dienstlichen Stellung den Oberleutnant Marloh zu dem Vergehen der unerlaubten Entfernung vom Truppenteil vorzüglich bestimmt zu haben?
3. Am 6. Juni 1919 vor dem Gericht des Garde-Kavallerie-Schützenkorps wissenlich ein falsches Zeugnis durch einen Eid beschworen zu haben?
4. Konnte der Angeklagte durch Angabe der Wahrheit sich die strafrechtliche Verfolgung eines Vergehens zuziehen?
5. Ist der Angeklagte schuldig, durch eine fernere selbständige Handlung im Dezember 1919 den Pflanzern Kump zum Zweikampf mit tödlichen Waffen herauszufordern zu haben?

Dann ergriff der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Gerlach das Wort zu seinem Plädoyer:

Er ging einleitend auf die verschiedenen Vorwürfe ein, die der Justiz im Laufe dieses ganzen Verfahrens gegen v. Kessel sowohl von rechts wie von links gemacht worden seien. Der Staatsanwalt ging dann auf die drei verschiedenen Straftaten ein, die dem Angeklagten zur Last gelegt wurden und betonte, daß hinsichtlich der letzteren, der Herausforderung zum Zweikampf, überhaupt keinerlei Zweifel bestehen könne.

Staatsanwalt Gerlach geht dann auf die Unterredung zwischen Hauptmann v. Kessel und Pastor Kump ein, die er als ausschlaggebend für Marlohs Entschluß zu fliehen bezeichnete. Oberleutnant Hofmann habe immer versucht, den Angeklagten zu entlasten und mit Bewußtsein die Unwahrheit gesagt. Nach anfänglichem Zögern habe v. Kessel Namen derjenigen höheren Stellen genannt, die angeblich eine Flucht Marlohs gewünscht hätten. Bei der Vernehmung der Zeugen sei jedoch schließlich herausgekommen, daß es sich in dieser Beziehung nur um unverständliche Gespräche gehandelt habe. Der Anklagevertreter fasste seine Ausführungen dahin zusammen, daß die beiden Fragen auf Beihilfe zur unerlaubten Entfernung zu bejahen seien, desgleichen die Frage des Meineids, ebenfalls aber auch die der milderen Umstände, da der Angeklagte sich durch die Angabe der Wahrheit zweifellos eine strafrechtliche Verfolgung zugezogen hätte.

Nach einer kurzen Pause ergriff dann der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wisberg, das Wort zu seinem Plädoyer. Der Angeklagte, der sich zu dieser Zeit hergegeben habe, könne sich darauf berufen, daß für ihn politische Erwägungen und vor allem die bessere Meinung seiner Vorgesetzten maßgebend gewesen sei. Der Verteidiger geht im Anschluß hieran auf die Wiedergabe des von dem Angeklagten geschworenen Eides ein. An Hand der Ergebnisse der Beweisaufnahme legte dann Dr. Wisberg hinsichtlich der verschiedenen Punkte der eidlichen Vernehmung dar, daß der Angeklagte seine Eidespflicht nicht verletzt habe. Nicht der Angeklagte v. Kessel, sondern der Pastor Kump mit seinen Eideszügen gehe aus dem Prozeß als der Unwahrheit überführt hervor. Der Verteidiger beantragt Freispruch von der Anklage des Meineids.

Groß-Berlin

Der standesgemäße Mops.

In der Markgrafenstraße befindet sich ein Geschäft, welches verspricht, jeden Hund standesgemäß einzuliebkosen.

Es wäre interessant festzustellen, ob sich das nur auf die vierbeinigen Freunde des Menschengeflechts bezieht oder ob diese Ankündigung auch auf die zu übertragen ist, die selbst in der heutigen Zeit ihren Standesdünkel nicht verloren haben.

Selbstverständlich hat niemand ein Recht über Berlin und die Berliner zu urteilen, wenn er nur die Leipziger und Friedrich-Strasse gesehen hat. Dort allerdings wird ein Luxus gezeigt, der aufreizend wirken muß. Die Auslagen der Geschäfte lassen keinen Mangel erkennen, die Cafés und Konditoreien, die Bars und Kinos sind überfüllt, die großen Modehäuser zeigen unwirklich kostbare Garderoben. Kein, dort ist nichts vom Elend und der Not des Volkes zu spüren, es sei denn, daß dem Beobachter die große Zahl der Straßenhändler und Kriegsbeschädigten zu denken gibt. — Und doch herrscht bittere Not in Berlin! Jede Arbeiterfrau kann es bestätigen und viele Aerzte wissen, daß tausende ihrer Patienten keine Hemden tragen.

So bleibt die Tatsache bestehen, daß viele Eltern nicht wissen, wie sie ihre Kinder kleiden und sättigen sollen, während für die dicken Köpfe genau so gesorgt wird, wie für die Hunde des ungeschicklichen Prinzen Leopold, die mit ausgezeichneten Lederbissen gefüttert wurden.

„Siegesäulenverschönerung.“

Das geheimnisvolle Postzentralfiduum.

Das Post-Bureau, offenbar inspiriert vom Berliner Postzentralfiduum, läßt sich heute weiter geheimnisvoll über die Verhaftung der elf Verschwörer von Reußkolln am Wasser aus, die das geplante Attentat auf die Siegessäule auf dem Gewissen haben sollen. Man hört prachtvolle und aufregende Einzelheiten, die jeden Sherlock Holmes oder Pinkerton begeistern könnten, erzählt aber beiläufig nicht, worauf sich die Verdachtsmomente der Polizei gründen. Der Originalität halber sei zitiert, was das Post-Bureau darüber in alle Winde verspricht.

Die Vernehmungen der elf Personen, die unter dem dringenden Verdacht, an dem Anschlag auf die Siegessäule beteiligt zu sein, verhaftet worden sind, wurden heute vormittag von den Kriminalkommissaren Bernburg und Scherter fortgesetzt. Der Kunstmaler Heinrich Wolf, der in seiner Wohnung im Hause Reußkolln am Wasser 21 den Kommunisten zu ihren geheimen Beratungen und Sitzungen seine Räume zur Verfügung gestellt hatte, wollte zunächst von der Qualität seiner Gäste keine Ahnung gehabt haben, mußte sich aber schließlich doch dazu bequemen, seine Aussagen zu revidieren. Die Wohnung ist für derartige geheime Zusammenkünfte wie geschaffen. Sie liegt in einer Seitenstraße fernab vom Großstadtleben und hat zwei Zugänge, einen vorderen im Hause Reußkolln am Wasser 21 und einen hinteren nach dem Hause Wallstraße 59. Der erstere hat eine Doppeltür mit allen möglichen Sicherungen, die nur auf ein bestimmtes Zeichen geöffnet wurde. Der hintere Zugang war gewöhnlich, besonders aber während der Sitzungen, nicht verschlossen, um eine schnelle Flucht zu ermöglichen. Die Kriminalpolizei hatte auch diese Zugänge besetzt als sie zur Aushebung schritt. Die drei Räume und die Küche zeigen einen gewissen künstlerischen Geschmack des Wohnungsinhabers. Zahlreiche Bilder, von der Hand Wolfs hergestell, bedecken die Wände, sie sind teils nach alter Manier gemalt, teils aber zeigen sie auch Verläufe nach dadaistischer Art. Auch einige Schwarzweißzeichnungen sind vorhanden. Eines der Zimmer trägt einen vollständig japanischen Charakter.

Der diese befridende Schilderung gelesen, wird den Dichtern im Postzentralfiduum hohe Anerkennung zollen müssen. Geradezu bewundernswert ist auch, wie die Kriminalpolizei klar erkannt hat, daß sich zwischen den kommunistischen Verschwörern und den dadaistischen Bildern sowie dem japanischen Zimmer eine immerhin bemerkbare Parallele ziehen läßt. Wenn das Postzentralfiduum sich aber nicht länger lächerlich machen will, ist es jetzt verpflichtet zu sagen, was los ist.

Verschundene Perlen.

Großer Juwelendiebstahl in einem Berliner Hotel.

Auf bisher unaufgeklärte Weise ist aus dem Safe eines Berliner Hotels ein sehr wertvoller Perlenkettenschmuck verschwunden. Der aus zwei Perlenketten bestehende Schmuck ist Eigentum einer auswärtigen Juwelensirma. Es besteht der dringende Verdacht, daß bei dem rätselhaften Diebstahl ein Hotelangestellter die Hand im Spiele hat.

Die Kriminalpolizei scharft bisher vergeblich nach dem Dieb und dem Verbleib der kostbaren Ketten. Auf die Wiederbeschaffung der Perlenketten ist von dem Geschädigten eine Gesamtbetreibung von 50 000 Mark ausgesetzt, und zwar 45 000 Mark für die nachstehend zuerst aufgeführte und 5000 Mark für die zweite beschriebene Kette. Die erste besteht aus 83 Perlen, die in der Mitte sehr groß sind und nach den beiden Enden zu kleiner werden. Sie haben eine weiße Farbe, gute Orientalfarbe, jedoch weisen die meisten Perlen kleine Punkte auf und sind nicht ganz tadellos. Das Schloß der Perlenkettenschmuck hat ovale Form und besteht aus zwei ovalen Brillanten, die je ein Karat wiegen. Sie sind mit kleinen Brillanten verziert, und das ganze Schloß ist in Platin gefaßt. Die zweite Kette besteht aus mattenweißen Perlen, die Mittelperte ist barock. Die Seitenperlen kleiner als die mittleren.

Ein Juwelenschmiedler, der in Berlin für 300 000 Mark erbeutete und auf dessen Ergreifung eine Betreibung von 25 000 Mark ausgesetzt war, wurde auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in Zürich festgenommen. Es handelt sich um einen 21 Jahre alten, aus Boisdam gebürtigen Freiherrn Eduard von Rathahn. Dieser spiegelte einem hiesigen Juwelier vor, sein Onkel wolle seine Kapitalien in Schmuckformen anlegen und erbitte sich durch ihn verschiedene Sachen zur Ansicht. Er wählte zwei Perlenkettenschmuck und zwei lose Brillanten, zusammen für 300 000 Mark und bekam sie ohne Unterband mit, angeblich um sie seinem Onkel vorzulegen. Er ließ sich aber nicht mehr sehen, und seine Angaben über den Onkel erwiesen sich als Schwindel. Wie die Ermittlungen ergaben, war von Rathahn mit einer Frau Erla Conn aus Hamburg, die von ihrem Manne getrennt lebte, durchgebrannt.

„Berchtigtheit.“

Auf die Dürftigkeit des Einkommens der an den Volksschulen beschäftigten Hilfskräfte ist im „Vorwärts“ schon öfter hingewiesen worden. Man versteht die Erbitterung junger Lehrer, wenn man hört, daß einer noch mit 600 Mark pro Monat sich durchwürgen muß. Mit noch nicht 600 Mark soll er in Berlin jetzt die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung und Weiterbildung decken! Dabei erfordert sein Beruf, daß er bei der Arbeit stets „anständig“ gekleidet ist, daß er zu Hause sein eigenes Arbeitszimmer hat, daß er sich teure Bücher und Zeitschriften anschafft.

Aus solchen Verhältnissen heraus schreiben wir auch die keineswegs freundlichen Empfindungen, mit denen mancher Junglehrer daran denkt, daß die Zulassung verheirateter Lehrerinnen in diesen Hilfslehrerstellen Beschäftigungsmöglichkeit bringen muß. Gewiß, es war ein unhaltbarer Zustand, daß eine Lehrerin bei ihrer Verheiratung ohne weiteres ihr Amt aufzugeben hatte. Aber nicht mit Unrecht weist in einer Zuschrift an uns ein Junglehrer darauf hin, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage und dem allgemeinen Beschäftigungsmangel jetzt auch

im Lehrerberuf es als eine Forderung der Gerechtigkeit gelten sollte, nicht Mann und Frau zugleich erwerbstätig sein zu lassen. „Wenn sich heute“, schreibt er, „ein junges Mädchen aus irgend einem anderen Beruf verheiratet, so wird es gezwungen, die bisherige Stellung aufzugeben, weil der Mann verdient. Warum wird mit der Lehrerin eine Ausnahme gemacht? Soll sie etwa eine gute Partie sein für arbeitscheue Männer? Dann muß ich“, fügt er voll grimmigen Humors hinzu, „auch noch sehen, wie ich eine finden kann.“

Bei einer heiratenden Lehrerin ist die Verbindung doppelter Erwerbstätigkeit nicht so leicht wie bei anderen erwerbstätigen Frauen. Wenn eine Lehrerin nicht mehr gezwungen werden kann, bei Verheiratung ihr Amt aufzugeben, so darf sie sich auf die aus ihrer festen Anstellung ihr zustehenden Rechte berufen. Es bleibt nur noch übrig, unter Hinweis auf die große Zahl unbeschäftigter Junglehrer an das soziale Empfinden derjenigen verheirateten Lehrerinnen zu appellieren, die bei der Höhe des Einkommens ihrer Ehegatten den doppelten Verdienst nicht nötig haben. Man glaube nicht, daß ohnedies nur Lehrerinnen, die mit armen Schülern den Bund fürs Leben schließen, notgedrungen den Lehrerberuf beizubehalten geneigt sind. An einer Berliner Gemeindeschule amtiert z. B. eine Lehrerin, die jetzt einen Landgerichtsdirektor zum Gatten hat. Der Mann dürfte allein ein Gehalt von 30 000 Mark beziehen.

Berliner Postverkehr zu Ostern.

Am Karfreitag und 1. Osterfesttag finden im Ort Paketbestellungen statt. Die Ortsbriefbestellung ruht am 2. Festtag.

Eine Geldbestellung wird an beiden Osterfesttagen, vorbehaltlich etwaiger aus Betriebsrückichten notwendig werdender Ausnahmen, nicht ausgeführt.

Vergeldlose Zahlung im Eisenbahnverkehr.

Zur Erleichterung der bargeldlosen Zahlung, insbesondere von Frachten und Nachnahmebeträgen werden gemäß Erlass des Reichsverkehrsministeriums die mit Berechnungsvormerk versehenen Schecks, sowohl Reichsbank- als auch Privatbankchecks vertrauenswürdigere Firmen auf Banken am Orte der Kasse von der Eisenbahnkasse künftig auch ohne vorherige Einlösung oder Quittung an Zahlungsstellen angenommen. Voraussetzung ist, daß die Schecks den Anforderungen des Scheckgesetzes entsprechen und hinsichtlich ihrer Einlösung keine Bedenken bestehen.

Reuendings werden auch unter den gleichen Voraussetzungen Berechnungsschecks vertrauenswürdigere Firmen auf öffentliche der Staatsaufsicht unterliegende mündelsichere Sparkassen an Zahlungsstellen angenommen.

Das „Königl. Preussische Oberpräsidium“.

Sowohl, noch heute, Ende März des Jahres 1921, 2 1/2 Jahre nach dem Sturz der Monarchie, bekleidet das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg seine amtlichen Schriftstiele mit Oblaten, die um das frühere preussische Wappen die obige Umschrift aufweisen. Geht das nur aus Sparsamkeit? Scheinbar! Aber auch nur scheinbar! Sehen wir den Fall: am 1. April würde die Monarchie wieder zur Herrschaft gelangen; welcher dann wieder „königliche“ Beamte würde es wagen dürfen, am 2. April noch eine Siegeloblate, Stempel, Briefbogen oder Briefumschlag aus der Zeit der Republik zu verwenden? Vermutlich keiner! — Die sozialdemokratischen Minister scheinen für solche „Imponderabilien“ leider kein Verständnis aufzubringen, sonst wäre nicht nur dieser, sondern auch mancher andere unbegreifliche Schlenker längst beseitigt; nicht zum Schaden der Republik, für deren „Stützung“ allerlei sonstige Mittelchen empfohlen werden.

Ausnutzung von Kindern.

In letzter Zeit häufen sich die Klagen darüber, daß Kinder bei öffentlichen Schaustellungen sowohl in geschlossenen Räumen wie auf der Straße mitwirken. Dieser Zustand ist, wie das Reichsarbeitsministerium erneut betont, ungesetzlich; denn nach § 6 des Gesetzes über Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903 ist die Mitwirkung von Kindern bei derartigen Schaustellungen verboten. Ausnahmen dürfen nur in solchen Fällen bewilligt werden, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, doch muß in solchen Fällen die Schulaufsichtsbehörde vorher gehört werden. Das Reichsarbeitsministerium hat vor kurzem durch ein Rundschreiben an die Regierungen der Länder die Aufmerksamkeit der Behörden auf diese Zustände hingelenkt und er sucht, obigen Paragraphen des Kinderarbeitsgesetzes mit möglicher Strenge durchzuführen. Bei Unternehmungen niedriger Artgattungen ist die Mitwirkung von Kindern ein für allemal zu verbieten; bei Unternehmungen höherer Art soll die Mitwirkung von Kindern nur nach sorgfältigster Prüfung gestattet werden.

Die Heilfaktorenpflege für Lungentränke ist in letzter Zeit fühlbar eingeschränkt worden. Mit Recht sehen darin die Lungentränke eine Gefahr nicht nur für sich selber, sondern auch für die Gefunden. Die Ortsgruppe Berlin des Verbandes der Lungen- und Tuberkulosekranken Deutschlands hat in ihrer Generalversammlung eine Resolution angenommen, die gegen die Vernachlässigung der Heilfaktorenpflege entschiedensten Einspruch erhebt. Den Landesversicherungsanstalten Berlin und Brandenburg wird vorgeworfen, nichts dafür getan zu haben, daß ihre lungentränke kurbefähigsten Versicherungsträger rechtzeitig in eine Heilanstalt kommen. „War es“, sagt die Resolution, „unter den früheren Verhältnissen möglich, einen Lungentränken in drei bis vier Monaten nach Antragstellung in eine Heilanstalt aufzunehmen, so ist das jetzt unmöglich. Nach genauer Umfrage konnte die mehr festgestellt werden, daß z. B. in Reußkolln in einem Zeitraum, wo man früher 600 Kranke weggeschickt hat, jetzt nur 30 Kranke berücksichtigt werden. Bezeichnend liegen die Verhältnisse in den andern eingemeindeten Bezirken. Tausende von Lungentränken sind dadurch dem schnellen Untergang geweiht, die gesunde Bevölkerung ist bedeutend erhöhter Ansteckungsgefahr ausgesetzt.“ Der Verband fordert im allgemeinen öffentlichen Interesse alle maßgebenden Stellen dringend auf, dahin zu wirken, daß hier sobald wie möglich Abhilfe geschaffen wird.

„Im Namen des Königs“ steht über der beglaubigten Abschrift eines Räumungsurteils, das vom Amtsgericht Berlin-Mitte Abteilung 60 am 20. Dezember 1920 verkündet und am 26. Januar 1921 ausgefertigt worden ist. Die Nachricht, daß der König von Preußen im November 1918 nach Holland ausgewandert ist, scheint immer noch nicht in alle Gerichtsstuben gelangt zu sein.

Arbeitsmöglichkeiten für Kriegsblinde. Unsere in Nr. 103 mit dieser Ueberschrift veröffentlichte Notiz ist in den Kreisen der Kriegsblinden beachtet worden. Daran anknüpfend schildern uns mehrere Spandauer Kriegsblinde in längerer Darstellung, wie ihnen im Jahre 1915, dank den Bemühungen des Augenarztes Prof. Sier, durch zweckmäßige Ausbildung ermöglicht wurde, über die bisher üblich gewesene Blindenbeschäftigung hinaus sich in gewerblicher Arbeit zu betätigen und ihr Brot zu verdienen. Sie haben das Bedürfnis, öffentlich zu betunden, daß ihnen die Wiedererlangung der Arbeitsmöglichkeit auch den Lebensmut wiedergegeben hat.

Von Richtungs Berliner Verkehr ist eine Frühjahrsausgabe zum Preise von 3 Mark erschienen. Das Buch enthält außer dem eigentlichen Groß-Berliner Stadtplan die jetzt geltenden ausführenden Pläne der Vorortbahnen, eine gebräunzte Zulammenfassung der für den Betrieb weiterentwickelt liegender Ausbaupläne wichtiger Fernbahnpfade, die nächsten Kraftwagenlinien, Dampfer u. a. m.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Neuwahl der graphischen Hilfsarbeiter.

Der „aufbauenden Tätigkeit“ der „Propagandakommission“ in der Berliner Ortsverwaltung des Buchdruckerhilfsarbeiterverbandes ist es zu danken, wenn innerhalb weniger Monate den Mitgliedern das Erkenntnis aufgefliegen ist: Bis hierher und nicht weiter. Am kommenden Freitag wird sich die Mitgliedschaft mit der Neuwahl der Ortsverwaltung zu beschäftigen haben. Die bis auf wenige Ausnahmen kommunistisch orientierte Verwaltung steht in der „Roten Fahne“ um Hilfe, und es ist belustigend, mitanzusehen zu müssen, wie eine gewisse Sorte „Bonzon“ den Kampf um die Futtertrippe führen. In einem vom Aktionsausschuss der Richtung Umsterben herausgegebenen Flugblatt wird den Mitgliedern der Ernst der Situation vor Augen geführt, und diese werden aufgefordert, am Freitag, vormittags 9 1/2 Uhr, im Arbeitervereinshaus, Chausseest. 94, zu erscheinen und nur für diejenigen Kandidaten zu stimmen, die auf dem Boden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehen.

Generalversammlung der Berliner Buchdrucker.

Der Verein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer nahm in einer gut besuchten Generalversammlung am Dienstag den Bericht von der Gauvorsteherkonferenz entgegen, den Albrecht erstattete. Aus seiner ausführlichen Darstellung der Verhandlungen ist hervorzuheben: In dem Bericht des Verbandsvorsitzenden Seitz über die örtlichen Bewegungen wurde auch der wilde Streik gedacht. Alle Diskussionsredner sprachen sich in Übereinstimmung mit dem Verbandsvorsitzenden gegen wilde Streiks aus. Andererseits wurde verlangt, daß für allgemeine Bewegungen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Richtlinien geschaffen habe über die Frage der Stilllegung der Presse. Dabei trat man für volle Pressefreiheit ein. — Hinsichtlich der wilden Streiks brachte die Konferenz in einer von ihr angenommenen Resolution nachdrücklich den Beschluß in Erinnerung, den die Nürnberger Generalversammlung über lokale wilde Bewegungen gefaßt hat. Die Resolution macht weiter den Funktionären und Mitgliedschaften zur Pflicht, bei drohenden Konflikten alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen und rechtzeitig die tariflichen und Organisationsinstitutionen in Anspruch zu nehmen. Streiks, die ohne Zustimmung der Verbandsleitung geführt werden, dürfen weder direkt noch indirekt durch die Kräfte des Verbandes unterstützt werden. — Gegenüber den kommunistischen Fraktionen in einzelnen Mitgliedschaften stellt sich der Verbandsvorstand auf einen abwartenden Standpunkt, da zurzeit durch die gesamten Arbeiterorganisationen ein Zug der Befundung gehe. — Ueber den Ablauf des Lohnabkommens am 1. Mai wurde lebhaft verhandelt. Im Hinblick auf manche Erscheinungen in der Unternehmensewelt wurde erklärt, daß von irgendeiner Reduzierung der Löhne keine Rede sein könne, sondern daß man auf dem Standpunkt der Notwendigkeit von Mehrforderungen stehe. — Die Konferenz beschloß weiter, den Verbandsbeitrag um 1 M. wöchentlich zu erhöhen. Der höhere Verbandsbeitrag tritt bereits mit der am 27. März beginnenden Woche in Kraft. — Den Ausgehenden und verläßt Arbeitenden ist die Koststandsunterstützung zu zahlen. — In der lebhaften Diskussion über den Bericht bemängelten einige Redner der Opposition, daß die Gauvorsteherkonferenz die Arbeitslosenfrage nicht genügend gewürdigt hätte. Von Riesebeck und Fülle (Mitglieder des Verbandsvorstandes) wurde demgegenüber betont, daß man sich ja auf den Boden der Beschlüsse des Gewerkschaftsbundes gestellt habe, die auch die Billigung der Opposition hätten. Da nun gerade jetzt im Buchdruckgewerbe (abgesehen von den Druckern) eine eigentliche Arbeitslosigkeit nicht vorhanden sei, so wäre es im Augenblick auch schwer, positive Maßnahmen vorzuschlagen. Sowie sich aber die Notwendigkeit ergebe, und selber werde der Zeitpunkt kommen, dann werde die Verbandsleitung die

nötigen Maßnahmen unverzüglich treffen. — Fälle konnte feststellen, daß sich in der Diskussion ein Widerspruch gegen den Konferenzbeschluß zum Ablauf des Lohnabkommens nicht ergeben habe. Zu der Frage der Festlegung der Gaubeiträge und der Beschäftigung über die 50prozentige Abgabe von den Ueberstunden sprach dann Massini, indem er eingehend den Standpunkt des Gauvorstandes begründete. Der Gauvorstand schlägt vor, den Gesamtbetrag auf 6,50 M. für diejenigen, die unter 300 M. verdienen, und auf 9,50 M. für die, die 300 M. und mehr verdienen, festzusetzen und die 50prozentige Abgabe vom Ueberstundenlohn abzuschaffen. Diese Vorschläge wurden nach lebhafter Debatte mit großer Mehrheit angenommen. — Die Arbeitslosen werden in der bisherigen Weise weiter unterstützt. Zu Ostern sollen sie eine einmalige Extrazustützung von 50 M. erhalten. Der gleiche Betrag wurde als einmalige Extrazustützung den Invaliden und Kranken bewilligt.

Generalversammlung der Buchbinder.

Die am 18. März vertagte Jahres-Generalversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands (Ortsverwaltung Berlin) wurde am Dienstag im „Deutschen Hof“ fortgesetzt. Gegenstand der Tagesordnung waren zunächst die Wahlen für die Leitung der Ortsverwaltung, die in der vertagten Versammlung nicht mehr erledigt werden konnten.

Nach sehr ausgedehnten Geschäftsordnungsdebatten wurde beschlossen, die aus 9 Mitgliedern bestehende Anstellungs-kommission paritätisch aus den drei bestehenden Parteirichtungen zusammenzusetzen. Von der SPD. gehören der Kommission Imhoff, Sage und Kohnle an. Es wurden sodann die Wahlen für die Rechtschutzkommission, Bibliothekskommission, Jugendkommission, für den Arbeitsnachweis und die Wahl der Revisoren vorgenommen.

Die Wahl der beiden Kassierer konnte nicht stattfinden, weil mehrere Vorschläge gemacht wurden. Deshalb muß nach den Satzungen eine Urabstimmung in den Betrieben erfolgen. Auch die Wahl der beiden Vorsitzenden muß aus gleichen Gründen durch Urabstimmung erledigt werden. Von Imhoff wurden Bärzberger und Hennig in Vorschlag gebracht. Ebenso ist die Wahl der Angestellten durch Urabstimmung zu vollziehen. Gegen den Vorschlag, die Delegierten für die Gewerkschaftskommission paritätisch zusammenzusetzen, wandte sich Gaebel (Komm.). Ihm wurde durch Zuruf der Vorwurf gemacht, daß er hierdurch seinen Willen zur Einigkeit zeige. Infolge des Widerspruches mußte die Wahl mittels Stimmzettel vorgenommen werden. Gewählt wurden Rasper, Lüdicke, Haenelt, Böller, Galle und Schallert.

Es folgte die Erledigung der Anträge. Der Antrag, den Verbandsvorstand zur Beschickung des Kongresses der Gewerkschaftsinternationale in Moskau aufzufordern, fand mit 204 gegen 190 Stimmen Annahme. Ebenso ein zweiter Antrag, seitens der Jahrestelle Berlin eine Delegation zu entsenden, mit ungefähr den gleichen Stimmzahlen. — Ferner wurde auf Antrag Herzog mit 211 gegen 156 Stimmen beschlossen, je einen Anhänger der Moskauer und der Amsterdamer Internationale zu entsenden. Die Kosten sollen durch Sammellisten der Ortsverwaltung aufgebracht werden. Ein dritter Antrag, die Versammlungen in Zukunft bezirksweise einzuberufen, wurde der Ortsverwaltung überwiesen. Angenommen wird noch ein Antrag, den Streikenden bei der Firma Kuhner u. Berger eine besondere Unterstützung und auch den Erwerbslosen zu Ostern eine Unterstützung zu gewähren.

Berliner Schauspielereistreif?

Der Bezirksverband Berlin der Bühnengenossenschaft hat unlängst den Berliner Bühnenschauspieler eine Reihe Forderungen vorgelegt. U. a. werden feste Jahresverträge, größere Urlaubsrechte und Einschränkungen der Kündigungsbefugnis der Direktoren verlangt. Die Berliner Bühnenschauspieler haben jetzt die Forderungen abgelehnt, weil sie nach ihrer Meinung für die besonders schwierig gearteten Berliner Bühnenverhältnisse zum wirtschaftlichen und

künstlerischen Niedergang führen müßten. Da der Bezirksverband Berlin seinerseits bereits erklärt hat, er halte unerschütterlich an seinen Forderungen fest, so scheint das Berliner Theaterleben vor einer schweren Krise zu stehen.

Achtung, Fleischergejellen!

Die Sperre gegen die Fleischermeister Adde, Schwedenstr. 17a, Kreher, Marienburger Str. 29, Lehmann, Reichenderger Str. 72a, wird hiermit aufgehoben. Die Fleischer-Zunftung zu Berlin hat sich veranlaßt gesehen, den Tarifvertrag nunmehr zu unterschreiben und für seine Durchführung zu wirken. Damit fallen alle Voraussetzungen für die Sperre. Wir bitten die gesamte Arbeiterschaft, hierüber Kenntnis zu nehmen.

Zentralverband der Fleischer.

Die Arbeitslosenfrage in England.

Die englische Regierung hat die Arbeitgeber des Baugewerbes ersucht, während zweier Jahre 50000 demobilisierte Soldaten zu beschäftigen. Für jeden demobilisierten Soldaten, der beschäftigt wird, will die Regierung den Arbeitgebern eine Beihilfe von 10 Schilling pro Woche während der ersten sechs Monate und 5 Schilling pro Woche für die nächsten 6 Monate gewähren. Die Arbeitgeber haben diesen Vorschlag angenommen.

1315 000 Arbeitslose zählt man augenblicklich in England. Nicht eingerechnet in diese Zahl sind die Kurzarbeiter.

Die Befestigung der Staatskontrollen im englischen Kohlenbergbau wurde im Unterhaus in dritter Lesung beschlossen. Der Führer der Arbeiterpartei Adamson gab noch in dritter Lesung seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß das Gesetz schwere Erschütterungen für den britischen Kohlenbergbau in naher Zukunft bringen werde.

Um alle Besucher von Vergnügungen und Komitees von Veranstaltungen. Unterzeichnete Organisation ersucht bei Abzweigen von Vergnügungen usw. sich davon überzeugen zu lassen, ob die tariflichen Bestimmungen für die Angestellten im Gastgewerbe innegehalten, insbesondere ob alle Kräfte durch den städtisch paritätischen Arbeitsnachweis bezogen werden. Vor allen Dingen ersuchen wir die Komitees bei Abzweigen von Vergnügungen darauf zu drängen, daß nur organisiertes Personal in den Etablissements beschäftigt ist. Vielfach trifft dies nicht zu und handeln die Komitees gegen die Bestimmungen des Demobilisations-Komitees sowie gegen den Tarifvertrag. Außerdem verleiten die Komitees hierdurch die Angestellten zum Tarifbruch. Bei der augenblicklich großen Arbeitslosigkeit ist es natürlich leicht, solche Kräfte zu finden.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin.

Bezirksverband Berlin der Genossenschaft deutscher Bühnengenossigen. Freitag, den 25. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im Wol-Palast am Zoo: Vollversammlung der Berliner Bühnengenossigen.

Aus aller Welt.

Englische Deserteure in Holland. Bei Vlissingen sind drei englische Soldaten in Uniform, die aus Deutschland desertiert waren, aber die Grenze gekommen. Sie wurden sofort zurückgeführt.

Pogromwaisen nach Palästina. Israel Bekind, der Leiter der Farm „Miriam Sefer“, ist in Warschau eingetroffen, um die Ueberführung von dort 200 jüdischen Pogromwaisen nach Palästina in die Wege zu leiten.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. W. Keller, Berlin; Verlag: Buchdruckerei G. m. b. H., Berlin; Druck: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Ernst u. Co., Berlin, am 12. 3.



Brautleute!

Die Preise von Trauringen sind — trotz abnehmender Qualität — derzeit verhältnismäßig hoch. Lassen Sie sich diesen nicht unterwerfen, sondern suchen Sie die qualitativsten und preiswertesten Quellen heraus, so gibt es nur eine — nur. Als Selbsthersteller liefern wir in Qualität u. Preis einzig dastehend.

TRAURINGE

1 Trauring (Dukating) 138 M. | 1 Ring 666 gestempelt von 75 bis 180 M.
 1 1/2-Dukating-Trauring 240 M. | 1 Ring 600 gestempelt von 55 bis 100 M.

Garantieschein für goldhaltigen Goldhalt.

Der gute Ruf meines alten Geschäfts bürgt für Qualität, die Anschaffung des Zwischenhandels für niedrigste Preiskalkulation.

Juwelier H. Wiese, Artilleriestraße 30

Telephon Norden 1030 — Tele. ramm-Adresse: Platinwiese

Ankauf von Gold-, Silber-, Platin-Bruch

infolge Selbstverwertung an denkbar günstigen Preisen!

Zähne von 5 M.

Erstkl. Ausführung, 3 Jahre Garantie, Umarbeitung alter Gebisse, Reparaturen sofort. Goldkronen, Brücken, Zahnziehen mit Betäubung, höchst schmerzlos. Teilzahl. 9-7, Sonntag 9-1.

Hempel, Dentist, Lindenstraße 120, nahe Schönbr. Tor 1.

Badeseife

garantiert reine Ware, 150 g schwer, per Dukating

M. 39,50

Alfred Grundmann, Chem. Fabr.
 Berlin SW 48, Wilhelmstr. 16, 1985 Bz.

„Weißer Rabe“, erste Marke
 Bismarckstraße, verkauft von
 Reichendergerstraße 7.

Die bedeutenden Gestalten der großen französischen Revolution von

1789

und die gewaltigen Ereignisse zeichnen sich in seinem Buche:

Sitten- u. Charakterbilder aus der französischen Revolution

in lebendigen u. packenden Bildern.

Preis: 20 B., 7,50 M. und 20%.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Heinrich Schulz:
Sozialdemokratie und Schule
 M. 2,50

Dr. Otto Dornat:
Der Volksschüler im Volksstaat
 M. 1,20

Dr. Richard Schmann:
Die Arbeit im Elternbeirat
 M. 1,50

Heinrich Bahlke:
Die weltliche Schule
 M. 1,50

Dr. Max Ebel:
Die Volksschule als Einheitschule
 M. 1,25

20% Zuschlag

Buch. Vorwärts
 Lindenstr. 2

Vorwärtsstrebende und Gränder
 Gute Vermittlungsbücherei! Aufführung und Anregung gebende Bücher! Ein neuer Welt? Jetzt gratis!

J. Schmann & Co., Berlin, Rindenderger Str. 71.

Metallbetten
 Stahlblechmatratzen, Kinderbetten, Polster an Obermann, Rainhof u. Eisenmöbelabrik, Suhl in Thür. 8875

Reste-Haus C. Pelz

Kottbuser Str. 5

Anzugstoffe
 Kostümstoffe
 Mantelstoffe
 Kleiderstoffe
 Seidenstoffe

Mäntel
 Kostüme
 Röcke

Gut, real, billig!

Neue Schuhwaren

Gelegenheitsposten eingetroffen!

Auf nach Kuntze wer sein Geld sparen will

Schw. Leder-Kinderstiefel	Größe 27-30	68 ⁰⁰	Größe 31-35	75 ⁰⁰
Braune Kinderstiefel	G. Größe 27-30	118 ⁰⁰	Größe 31-35	138 ⁰⁰
Schwarze Damen-Schnürstiefel				M. 125 ⁰⁰
Schwarze Herren-Rindbox-Schnürstiefel				M. 125 ⁰⁰
Schwarze Einsegnungstiefel für Knaben	Größe 36-39			M. 105 ⁰⁰
Schwarze Damen-Halbschnürschuhe				M. 88 ⁰⁰
Braune Damen-Schnürschuhe				von M. 105 ⁰⁰ bis 145 ⁰⁰
Schw. Leder-Damen-Spangenschuhe				M. 68 ⁰⁰
Segeltuch-Spangenschuhe	mit Ledersohle	Größe 25-30	16 ⁰⁰	Größe 31-35 18 ⁰⁰

Alles wird kommen zum

Schuhhaus Kuntze Nachfl.

nur Große Frankfurter Straße 83
 Ecke Marsiliusstraße.

Doppelmütze

unnatürliche Wärme des Gehirns, Stauungen, Husten, Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, seit 10 Jahren bewährt. Dose M. 12,50. Otto Reichel, Berlin W., Oranienburgerstraße 4.

Kenner Kauen Kapitän Kautabak

Zu haben in den meisten Zigarren-Geschäften. General-Vertrieb: C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Straße 22 (Kgr. 364).

Erich Fuhrmann

Spezialgeschäft für Trauringe
 Gotzkowskystr. 13

empfeht sich allen Brautleuten
 Preisliste kostenlos

Ankauf von Gold-, Silber-, Platinbruch
 infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen

Trauringe

Ich liefere in Qualität und Preis einzig dastehend fügenlose

Duk. Trauring 900 gest. 150 M.
 Trauring 585 gest. 95 M.
 Trauring 333 gest. 60 M.

Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt. Man vergleiche Gewicht und Preis mit den Preisen der Konkurrenz.